



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

Fraktion pro Köln - Brückenstraße 19 - 50667 Köln

Pressemitteilung

Bitte der Redaktion vorlegen!

www.pro-koeln-online.de

Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

Köln, den 15.02.2006

Keine Gegenargumente zu pro-Köln-Anträgen:

Altparteien fürchten sich vor inhaltlicher Auseinandersetzung

Den Vertretern der Altparteien scheinen langsam die Argumente auszugehen. Auf der gestrigen Ratssitzung brachten es CDU, SPD und Co. tatsächlich fertig, auf fünf von sechs pro-Köln-Anträgen nicht ein Wort zu erwidern! Die Zuschauer auf der Rattribüne konnten nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen, wie die etablierten Klüngelfraktionen völlig autistisch jeden Antrag der Bürgerbewegung niederstimmten - ohne jegliche Begründung oder inhaltliche Auseinandersetzung. Lediglich beim Antrag gegen den Bau eines jüdischen Museums auf dem Rathausvorplatz siegten die Pawlowschen Reflexe über das selbst auferlegte Schweigegeübde.

Obwohl die Fraktion pro Köln ausdrücklich aus städtebaulichen Gründen gegen die Errichtung des jüdischen Museums an diesem Standort ist, verstieg sich Claus Ludwig von der Linksfraktion zu völlig absurden Vorwürfen. In bester Verschwörungstheorie-Manier phantasierte Ludwig von versteckten antisemitischen Botschaften und heimlichen bösen Absichten. Politische Paranoia scheint auch in linksextremen Kreisen sehr verbreitet zu sein! Der CDU-Fraktionsvorsitzende Winrich Granitzka grollte dagegen, daß sich die CDU von pro Köln in dieser Frage nicht zu einer bestimmten Position drängen lassen würde. Worauf pro-Köln-Geschäftsführer Manfred Rouhs erwiderte, daß die Christdemokraten sich ja bloß trauen müßten, etwas gegen diesen Standort zu sagen, wenn sie auch Bedenken hätten.

Zuvor hatte pro Köln Anträge zur Affäre Haumann, zur Lebenssituation moslemischer Frauen, zur Geschäftsordnung, zur Feinstaubbelastung

an Kölner Schulen und zu einer Kölner Sicherheitskonferenz eingebracht. Letztere Initiative zur Kriminalitätsbekämpfung in der Domstadt veranlasste die Verwaltungsspitze wieder einmal, im Vorfeld der Ratssitzung eine Gefälligkeits-Stellungnahme im Sinne der Altparteien abzugeben. Den Verantwortlichen dafür schrieb die Vorsitzende der Fraktion pro Köln, Rechtsanwältin Judith Wolter, ins Stammbuch: „Es ist schon erstaunlich, welche Gefälligkeits-Stellungnahmen hier abgeliefert werden. Die Verwaltungsspitze sollte sich öfter mal vor Augen halten, dass sie im Interesse des Gemeinwohls handeln sollte - und nicht nur im Interesse der politischen Stadtspitze! Die Feststellung der Verwaltung, der Antrag sei unzulässig, da Sicherheitsbelange reine Ländersache seien, ist natürlich absurd. Schon in der gleichen Verwaltungsstellungnahme wird ja wenige Zeilen später auf die angeblich so großen Erfolge kommunaler Gesprächsrunden und runder Tische in Sachen öffentliche Sicherheit verwiesen. Ist da auf einmal Sicherheit wieder nicht mehr Ländersache? Als Juristin sage ich Ihnen: Diese Gefälligkeits-Stellungnahme ist nicht nur peinlich, sondern auch noch handwerklich schlecht gemacht!“

Auch zur Affäre um den ausgeschiedenen Rheinenergie-Chef Helmut Haumann positionierte sich pro Köln eindeutig. Haumann, der mit 65 Jahren zusätzlich zu seiner üppigen Pension eine großzügige Abfindung von dem stadtnahen Unternehmen erhielt, sollte vom Rat aufgefordert werden, auf diese Zahlung zu verzichten. „Jeder der gegen den berüchtigten Klüngel ist, kann das mit Annahme dieses Antrages dokumentieren“ warb Manfred Rouhs um Zustimmung. Doch CDU, SPD und Co. bewiesen einmal mehr, wessen Geistes Kind sie sind und stimmten dagegen. Damit wurde erneut bestätigt, daß die etablierten Parteien aufgefliegenen Skandalen und Affären keine Konsequenzen folgen lassen wollen.

Selbst ein Antrag auf Messung der Feinstaubbelastung an Kölner Schulen stieß bei den etablierten Ratsfraktionen auf taube Ohren. In anderen bundesdeutschen Städten war in den letzten Monaten festgestellt worden, daß gerade die Schüler und Lehrer in den Klassenzimmern oft einer gesundheitsgefährdenden Feinstaubbelastung ausgesetzt sind. Pro Köln schlug deshalb vor, gezielt in den Schulen zu messen, um dann gegebenenfalls für Abhilfe zu sorgen. Doch auch das Wohl der Kölner Kinder wog für die Altparteien weniger schwer als ihr parteitaktisches Kalkül: Nicht ein Wort von den anderen Ratsfraktionen dazu, stattdessen ignoranten Niederstimmen.

Pro Köln wird sich dieser Verweigerungshaltung aber nicht beugen. Die Bürgerbewegung wird im Rat und in den Bezirksvertretungen weiter Alternativen für eine andere, bessere Kommunalpolitik aufzeigen. Dafür wurde pro Köln mit einem Mandat der Wähler ausgestattet. Und es ist die Peinlichkeit der Altparteien, wenn sie auf sinnvolle Anträge für mehr Sicherheit oder einen korrekten Umgang mit öffentlichen Geldern mit Schweigen antworten. Dieses Totalversagen von CDU, SPD und Co. gilt es zu entlarven und öffentlich zu machen. Dazu ist jeder aufgefordert, der sich um das Wohl Kölns Sorgen macht!

verantwortlich: Markus Wiener